

grünliberale

NEWSLETTER

Nr. 14 vom 21. Dezember 2014

Grünliberale Partei Kanton St.Gallen

sg@grunliberale.ch

www.sg.grunliberale.ch



INHALT

EDITORIAL	3
GRÜNLIBERALE WEIHNACHTSGUETZLI ZUM SELBERBACKEN	3
AUS DEM NATIONALRAT	4
DR. MED. SEPP SAVARY VERHINDERTE DAS AKW IN RÜTHI	4
EINSICHT ZUR ENERGIEWENDE NACH DEM UNFALL IN FUKUSHIMA?	4
CANNABIS FÜR SCHWERKRANKE	5
AUS DER KANTONS RAT	6
NOVEMBERSESSION 2014	6
JUNGE GRÜNLIBERALE	7
DIE JUNGEN GRÜNLIBERALEN STEHEN EINER HÖHEREN MATURITÄTSQUOTE IM KANTON ST.GALLEN SKEPTISCH GEGENÜBER.	7
DAS VERURSACHERPRINZIP MACHT SINN - DIE JUNGEN GRÜNLIBERALEN LEHNEN EINE ABSCHAFFUNG DES NACHZUSCHLAGS AB.	7
WAHLKREIS- UND ORTSPARTEIEN	8
RHEINTAL	8
WERDENBERG	9
STADT ST.GALLEN	10
FACHGRUPPEN	11
FACHGRUPPE ENERGIE / UMWELT / RAUMPLANUNG	11
AUFRUF ZUR MITARBEIT IN UNSEREN FACHGRUPPEN	12
AGENDA	13
AKTUELLE KANTONALE VOLKSINITIATIVEN	13
IMPRESSUM	13

EDITORIAL

Liebe Mitglieder und Sympathisanten unserer Kantonalpartei

Die Weihnachtszeit ist nicht nur eine besinnliche Zeit, sondern auch eine Zeit DANKE zu sagen: Danke für eure Unterstützung, ob finanzieller oder ideeller Natur, danke für euer Vertrauen, danke für euer Engagement auf vielen Ebenen!

Es ist uns eine Freude, ins kommende Wahljahr mit einer viel stärkeren Basis starten zu dürfen als 2011. Nutzen wir diese Verstärkung, in dem wir gemeinsam am gleichen Strick ziehen. Nur so können wir unsere Nationalrätin Margrit Kessler optimal bei ihrer Wiederwahl unterstützen.

Es braucht dafür jeden von euch - schön, dass wir auch im Wahljahr 2015 auf euch zählen dürfen! In diesem Sinne wünscht euch das Co-Präsidium von Herzen schöne Festtage mit euren Liebsten und dann einen guten Rutsch ins Wahljahr.

Michelle, Jacqueline und Werner

Grünliberale Weihnachtsguetzli zum Selberbacken

Rezept von Erika Häusermann

Zum 10 jährigen Jubiläum der Zürcher Kantonalpartei
Herzliche Gratulation aus St. Gallen

[Zum Rezept](#)



AUS DEM NATIONALRAT

Von Margrit Kessler, Nationalrätin Grünliberale

Dr. med. Sepp Savary verhinderte das AKW in Rüthi

Sepp Savary, ein beliebter Hausarzt im Rheintal erhielt vom Gemeindepräsident den Auftrag, einen öffentlichen Vortrag über die saubere Kernenergie zu halten. Geplant war ein AKW in Rüthi im Rheintal. Der Doktor war Verfechter der sauberen Energie und besetzte während dem Medizinstudium zusätzlich die Vorlesungen über Atomphysik. Bei der Vorbereitung recherchierte Savary über Vor- und Nachteile der Kernenergie. Es war die Zeit, als Savary vom Saulus zum Paulus wurde. Er nahm zur Kenntnis, dass ein AKW-Unfall ganze Landstriche für sehr lange Zeit unbewohnbar machen würde. Die Bevölkerung glaubte ihrem Hausarzt, sie gingen auf die Strasse und erhielt Unterstützung von den VorarlbergerInnen über dem Rhein.



Diese waren bei der Abstimmung im Jahr 1978 für Österreich ausschlaggebend, dass Zwentendorf an der Donau nicht in Betrieb genommen wurde und heute nur noch als Museum besucht werden kann. Savary war Hausarzt, engagierter Bürger und hat für die Rheintaler ein AKW verhindert und für die Österreicher den Nicht- Einstieg in die Atomenergie bewirkt. Ein Hausarzt dem wir zu vielen verpflichtet sind und nicht genügend danken können.

Einsicht zur Energiewende nach dem Unfall in Fukushima?

Wären wir nie in die Atomstromproduktion eingestiegen, müssten wir über den Ausstieg heute nicht debattieren. Dass es sich um eine gefährliche Stromproduktion handelt, erfuhren auch unsere Atomphysiker am 29. Januar 1968, als im Versuchsreaktor von Lucens die Kernschmelze einsetzte. Eigentlich ist es erstaunlich, dass erst 44 Jahre nach diesem schwerwiegenden Zwischenfall in unserem Land über den Atomausstieg und die Energiewende diskutiert und ein Bauverbot von neuen Kernkraftwerken gefordert wird. Es brauchte den schweren AKW-Unfall von Tschernobyl und Fukushima.

Diesen Oktober besuchte ich die Region Fukushima. Ich wollte mir selber ein Bild machen, wie es der Bevölkerung dort geht, wie sie mit den Auswirkungen der Atomkatastrophe nach dreieinhalb Jahren mit der radioaktiven Kontamination zurechtkommt. Um die Erde zu dekontaminieren, tragen sie 15 cm ab, verpacken sie in Plastiksäcke und wissen damit nicht wohin.

Der Grenzwert in der Schweiz für die maximal zulässige und aufgenommene Strahlendosis für die Bevölkerung liegt bei 1 Millisievert pro Jahr. Für die Schulkinder in der Region Fukushima wurde die Jahresbelastung nach der Reaktorhavarie auf 20 mSv erhöht und als unbedenklich eingestuft. Das ist 20x höher als in der Schweiz und entspricht der Dosis einer Ganzkörper-Computertomographie. Um die radioaktive Strahlung zu reduzieren, dürfen die Kinder nicht im Freien spielen, die Sandkästen wurden in die Turnhallen verlegt. Während dem Unterricht dürfen die Fenster nie geöffnet und im Freien keine

Gräser berührt werden. Die Bäume haben die Radioaktivität aufgenommen, geben sie in grossen Mengen in die Atmosphäre ab und bei der Entwässerung in den Boden zurück. Ein Zirkulus viziosus, die kontaminierten Wälder sind zum Problem für Menschen geworden. In bestimmten Gebieten können die Menschen erst nach Jahrzehnten, wenn überhaupt, zurückkehren. Viele Menschen leben heute noch in Provisorien.

Im havarierten Atomkraftwerk arbeiten täglich unter der radioaktiven Strahlung und schwierigen Arbeitsbedingungen fünf bis sechs tausend Arbeiter. Das Problem mit dem kontaminierten Wasser ist kompliziert. Das Grundwasser sollte geschützt werden mit Massnahmen wie Lagertanks, Drainagen und unterirdischen Eisschranken. Die Wirksamkeit ist unklar. Die Arbeiten stecken fest. Das bedeutet praktisch, dass sich Grundwasser mit dem kontaminierten Wasser mischt und ins Meer fliesst. Für die Mitarbeiter des betriebenen Atomkraftwerks wurde nach dem Vorfall die zumutbare jährliche Äquivalentdosis von 100 mSv auf 250 mSv erhöht. Bei 100 Millisievert steigt die Gefahr, an Krebs zu erkranken.

Aus diesem Unglück sollten wir lernen, dass die Natur stärker ist als die menschliche Technik. Unser Ziel muss sein, diese gefährliche Technik so schnell wie möglich zu verlassen und den Atomstrom mit alternativen Energiequellen zu ersetzen. Ich bin überzeugt, dass unser Land mit verschiedenen Innovationen dazu fähig ist und die Energiewende für die Wirtschaft grosse Vorteile bringen wird. Wir wissen auch heute noch nicht, wohin wir die hochradioaktiven Abfälle entsorgen sollen. Je schneller wir aussteigen, desto weniger Abfälle sammeln sich an, die unsere Kinder und die nächsten Generationen hüten und pflegen müssen. Wir Grünliberalen werden die Atomausstiegsinitiative unterstützen, weil sie die Energiewende beschleunigt ein Verbot von neuen Kernkraftwerken fordert und die erneuerbaren Energien fördert.

Cannabis für Schwerkranke

In der Schweiz therapieren viele Schmerzpatienten illegal ihre Schmerzen mit Cannabis, weil derzeit der Zugang zu einer lindernden Therapie mit Cannabis mit komplizierten Bewilligungsverfahren und der Preis für Cannabis ad absurdum geführt werden. Die Konsum-Genehmigung ist de facto wertlos, wenn Cannabis preislich für die betroffenen Patienten unerschwinglich bleibt und von der Krankenkasse nicht übernommen wird. So stellte ich in einer Interpellation dem Bundesamt für Gesundheit einige Fragen. Die Antwort auf die Frage fünf war so positiv, dass ich mit einer Motion nachdoppelte.

Der Bundesrat wird beauftragt, gestützt auf Artikel 8 Absatz 5 BetmG im Rahmen eines wissenschaftlichen Pilotprojektes zu prüfen, ob und unter welchen Umständen zu medizinischen Zwecken natürliches Cannabis als Alternative zu synthetisiertem Cannabis oder mittels Magistralrezeptur hergestellter Cannabistinktur verwendet werden kann, wie dies z. B. in den Holland der Fall ist.

Wenn diese Motion angenommen wird, könnte das für viele Patienten mit schwerwiegenden Krankheitsbildern eine grosse Erleichterung und bessere Lebensqualität bedeuten. Hoffen wir, dass das BAG Verständnis hat für Krankheitsbilder, wie multipler Sklerose, Parkinson, ALS, Aids und schwere Krebsleiden, sowie bei chronischen Schmerzen, arthritischen und rheumatischen Erkrankungen. Die Schmerzen dieser Krankheitsbilder sprechen auf Cannabis besonders gut an.

AUS DER KANTONSRAT

Von Erika Häusermann , Fraktionspräsidentin GLP/BDP-Fraktion

Novembersession 2014

Die Novembersession hat drei Tage gedauert. Sowohl die Nachtragsgesetze zu Standortförderung und Landwirtschaft, wie auch die Bauvorhaben zur Sanierung der Psychiatrischen Klinik St. Pirminsberg in Pfäfers und Umbau und die Erweiterung des Spitals Wil (Notfall, Labor und Verwaltung) waren unbestrittenen.

- Die Uni St. Gallen und die Fachhochschulen erhalten künftig 4 jährige Leistungsaufträge.
- Begrenzung des Pendlerabzugs: Wir unterstützten den Kommissionsantrag, den Abzug auf die Höhe des GA 2. Klasse zu beschränken. Pendeln über lange Distanz soll nicht staatlich gefördert werden, im Gegenteil, Menschen sollen möglichst dort wohnen, wo sie arbeiten.



Überprüfung des Kommissionensystems:

Als einzige Fraktion haben wir uns für eine grosse Parlaments-Reform ausgesprochen. Das Ziel einer solchen Parlamentsreform wäre eine Qualitäts- und Effizienzsteigerung der Parlamentsarbeit. Erfolgreiche und wirksame Parlamentsreformen tragen dazu bei, dass sich Regierung und Parlament auf Augenhöhe treffen können d.h., dass eine starke Regierung auf ein starkes Parlament trifft. Wir sind der Meinung, dass mit einer konsequenten Umstellung auf ständige Fachbereichs-Kommissionen mit besonderen Aufgaben und Befugnissen inklusive der Aufsichtsfunktion, eine Stärkung des Parlaments am besten zu erreichen ist. Unser Antrag ist hochkant verworfen worden, das Parlament ist noch nicht bereit für einen grossen Schritt und hat sich für eine konservative Variante, mit drei Fachbereichskommissionen entschieden.

<https://www.ratsinfo.sg.ch/home/geschaeftssuche.Document.15F8336B-E386-4F6F-B646-76485117C8E6.risDoc>

Dringliche Motion SVP,CVP-EVP,FDP Kantonaler Richtplan

Hier haben GLP und BDP unterschiedliche Positionen eingenommen. Die GLP hat sie abgelehnt. Zwar ist es richtig, dass strategische Fragen zum Richtplan im Kantonsrat behandelt werden. Die Motion zielt nach Meinung der GLP aber ganz klar darauf ab, weiterhin auf ein hohes Bevölkerungswachstum zu setzen und damit das Raumplanungsgesetz zu unterwandern. Die GLP wird sich vehement gegen dieses Ansinnen einsetzen. Das St. Galler Volk hat das nationale Raumplanungsgesetz mit 64% deutlich angenommen. Nun gilt es diesen Volksentscheid konsequent umzusetzen.

Die Fraktion hat diverse Vorstösse mitunterzeichnet und eine Interpellation eingereicht

<https://www.ratsinfo.sg.ch/content/ris/tools/topnav/kantonsrat.geschaeftdetail.html?geschaeftid=C1559608-53F7-409B-8D6D-75807EFF4ED0&ziel=1>

Ideenpool: Geeignete Themen und Ideen für Vorstösse im Kantonsrat werden gesammelt, diskutiert und zur passenden Zeit eingereicht. Gerne nehmen wir Ideen und Wünsche der Mitglieder entgegen:
erika.haeusermann@gmx.ch

JUNGE GRÜNLIBERALE

Die Jungen Grünliberalen stehen einer höheren Maturitätsquote im Kanton St.Gallen skeptisch gegenüber.

Von Joel Drittenbass, Vizpräsident Junge Grünliberale

Sowohl der Ostschweiz am Sonntag vom 5. Oktober als auch dem St.Galler Tagblatt vom 6. Oktober ist zu entnehmen, dass der Kanton St.Gallen mit seiner Maturitätsquote von 12.7 Prozent den letzten Platz belegt und somit deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt von 20 Prozent liegt. Die St.Galler BDP fordert deshalb eine „Bildungsoffensive auf der Mittelstufe“, um nach eigenen Angaben diesen „ungerechtfertigten sowie unwürdigen“ Rückstand wettzumachen. Die Jungen Grünliberalen stehen einer derartigen Bildungsoffensive skeptisch gegenüber. Denn eine höhere Maturitätsquote birgt die Gefahr, dass das Bildungsniveau sinkt und dementsprechend diametral zur sogenannten Bildungsoffensive steht. Für uns viel entscheidender ist, dass Maturandinnen und Maturanden über die entsprechenden Fähigkeiten verfügen, um ein Studium erfolgreich bestehen zu können. Im Allgemeinen gilt es das duale Bildungssystem in der Schweiz zu fördern und der Akademisierung der Arbeitswelt Einhalt zu gebieten. Deshalb begrüßen die Jungen Grünliberalen die Absicht des St.Galler Regierungs- sowie Erziehungsrates, die Maturitätsquote nicht künstlich zu erhöhen. Schlussendlich bestehen gegenwärtig keine empirischen Befunde, die darauf schliessen würden, dass eine tiefere Maturitätsquote volkswirtschaftliche oder soziale Probleme nach sich ziehen würde. Es erstaunt uns daher, dass eine statistische Abweichung bereits als generelles Problem qualifiziert wird. Wir sind der Meinung, dass die St.Galler Bildungspolitik eine vernünftige Mischung zwischen Berufsbildung und gymnasialer (Aus-)Bildung anstrebt.

Das Verursacherprinzip macht Sinn - Die Jungen Grünliberalen lehnen eine Abschaffung des Nachzuschlags ab.

Von Andrin Monstein, Präsident Junge Grünliberale

Der Nachtservice der öffentlichen Verkehrsbetriebe stellt für uns, als ebenfalls ausgefreudige Jugendliche, eine willkommene und teilweise sogar notwendige Dienstleistung dar. Im Gegensatz zu den JUSO betrachten wir Jungen Grünliberalen den Personentransport zu Nachtzeiten aber nicht als Aufgabe des Service Public. Eine Kostenaufteilung nach dem Verursacherprinzip erscheint uns nichts als fair, ein Nachzuschlagspreis von 5 Schweizer Franken als angemessen und verkraftbar. Wer es sich leisten kann, bis tief in die Nacht auszugehen, sollte auch für die dazugehörigen Wegkosten aufkommen können. Speziell wenn man sich bewusst wird, dass die Preisdifferenz zu einem alternativen Taxi bereits ab überschaubaren Distanzen mehrere 100% beträgt.

Des Weiteren möchten wir Jungen Grünliberalen darauf hinweisen, dass sowohl die Personal –als auch Sicherheitskosten bei einem Nachtbetrieb weitaus höher ausfallen. Die ohnehin bereits steigenden Preise für öffentliche Verkehrsmittel sollten also nicht durch eine Kollektivierung der Nachzuschlagspreise zusätzlich strapaziert werden.

WAHLKREIS- UND ORTSPARTEIEN

Rheintal

Von Benno B.A. Stadler, Präsident Grünliberale Rheintal

Die diesjährige Herbstexkursion führte die Mitglieder und SympathisantInnen der Grünliberalen Partei des Rheintals zum Holderstock-Biobetrieb von Wilhelmine und Bruno Koller in Gais. Dort konnten sich die glp-lerInnen davon überzeugen, dass Bio-Weide-Beef wohl die nachhaltigste und tiergerechteste Produktionsart von gesundem Fleisch ist.

Vor dem Hofrundgang erläuterte Linus Silvestri, der Pionier des Bio-Weide-Beefs, die Unterschiede zur konventionellen Rindermast. Beim Bio-Weide-Beef steht das Tierwohl im Vordergrund. Durch die konsequente Anwendung der Muttertierhaltung und dem Einsatz von Freilaufställen wird das Tierwohl massiv gesteigert, was sich direkt auf die Fleischqualität auswirkt. Auch werden die natürlichen Ressourcen durch die verringerte Anzahl der Tiere des Hofes geschont.

Die Mitgliedern und SympathisantInnen der Grünliberalen Partei durften hernach mit Wilhelmine und Bruno Koller auf die Weide zu den friedlich grasenden Tieren. Durch die Harmonie der Haltung war dies zum Erstaunen mancher glp-lerInnen trotz des anwesenden Stieres und der Mutterkühe mit ihren Kälbern kein Problem. Ohne die Begleitung der Bio-Bauern sei dieses Verhalten aber nicht zur Nachahmung empfohlen, meinten die Kollers mahnend.



Die Hofbesucher folgen mit ihrer glp-Nationalrätin Margrit Kessler den interessanten Ausführungen von Linus Silvestri zum Bio-Weide-Beef. Für die aktive Nationalrätin sind solche praktischen Informationen sehr wertvoll, damit sie sich in Bundesbern fundamentierte für die Belange einer nachhaltigen und bio-orientierten Landwirtschaft einzusetzen kann.

Werdenberg

Von Marcel Wesner, Präsident Grünliberale Werdenberg

GLP Werdenberg besucht die Brusa AG

Mitglieder der Grünliberalen Partei aus dem Werdenberg und dem Sarganserland informierten sich bei der Firma Brusa AG in Sennwald aus erster Hand über den Stand der elektrischen Mobilität.

«Tour de Sol»-Pionier und Firmenbesitzer Josef Brusa gewährte den Teilnehmenden interessante Einblicke in seine Firma, die 1985 seiner Wohnung ihren Anfang nahm und heute in Sennwald 120 Personen beschäftigt. Lebendig, anschaulich und auch für Laien verständlich erklärt er die Funktionsweise der verschiedenen Komponenten, die es für elektrisch betriebenen Autos braucht.



«Wenn wir nicht wollen, dass Geschichtsforscher im Jahr 3000 unsere heutige Zivilisation als «diejenigen, die den kostbaren Rohstoff Erdöl innert weniger Generationen einfach verheizt haben» brandmarken, müssen wir so schnell wie möglich etwas dagegen tun», so die Botschaft des Firmenpatrons. Erdöl ist endlich und die Verbrennung birgt unumkehrbare Risiken für das Klima. Bereits unseren Enkeln wird der Rohstoff nicht mehr in diesen Mengen zur Verfügung stehen.

Vollkostenrechnung ist nötig

Für die bereits auf dem Markt befindlichen Hybrid-Autos wird oft das Argument angeführt, dass der Kaufpreis zu hoch sei. Dem widerspricht Brusa, weil beim Kauf auch die künftigen Treibstoffkosten einkalkuliert werden müssen. Und dass die fehlende Reichweite kein Hindernisgrund ist, beweist das weitläufige Norwegen. Dort führt der Tesla S die Zulassungs-Rangliste aller Autos an. Mit 5,1% war der 416 PS-Bolide Nummer eins vor dem VW Golf mit 4,6%.

Alleine der konsequente Einsatz von Elektroautos würde in der Schweiz rund ein Viertel des gesamten schweizer Energieverbrauches einsparen. Zusammen mit ähnlichen Massnahmen im Hausbau liesse sich die Erdölabhängigkeit der Schweiz um 80% reduzieren. Die Solarzellen auf Gebäudedächern würden den dazu nötigen Strom liefern.

Anstatt monatlich für eine Milliarde Schweizer Franken Öl zu importieren und die Wertschöpfung somit ins Ausland zu verlagern, wäre es auch für die Volkswirtschaft interessanter, dieses Geld innerhalb der Schweiz zu investieren.

Made in Sennwald

Nicht ohne Stolz werden den Anwesenden die serientauglichen Induktions-Bodenplatten gezeigt, mit denen sich Elektroautos künftig ohne Kabel einfach in der Garage aufladen lassen. Ein japanischer Autokonzern hatte dafür über Jahre selber geforscht und seine Bemühungen nun dem Konzept der «Sennwalder-Lösung» angepasst.

Zum krönenden Abschluss durften die GLPler noch drei firmeneigene Elektro-Geschäftsautos testen. Je einen serienmässigen Opel und Volvo und einen bei Brusa umgebauten Golf. Dabei stellte sich rasch heraus, dass die Autos nicht nur sparsam sind, sondern auch so viel «Power» unter der Haube haben, dass jeder Benziner daneben verblasst.

Stadt St.Gallen

Von Daniel Daniel Rüttimann, Präsident Grünliberale Stadt St. Gallen

Teilspange: glp-Idee als Basis für eine bessere Lösung

Die St. Galler Stadtpartei lancierte im Juni 2013 die Idee eines unterirdischen Kreisels als alternative zur damals von Stadt und Kanton vorgeschlagenen neuen Autobahnausfahrt Güterbahnhof. Entgegen der ursprünglich ablehnenden Haltung der Behörden wurde nun ein neuer Lösungsansatz mit einem Kreisel präsentiert. Damit hat unsere Idee nun doch den Weg für eine bessere Lösung geebnet.



Im Juni 2013 lancierte die städtische Arbeitsgruppe Verkehr, als Alternative zur unausgereiften Teilspange Güterbahnhof, die Idee eines unterirdischen Kreisels. Damals wiesen die Projektverantwortlichen von Stadt und Kanton die Kreiseldiee als unrealistisch zurück. Unterstützt durch ein von der glp initiiertes überparteiliches Postulat im St. Galler Stadtparlament wurde dennoch eine breitere Auslegeordnung in der Lösungsfindung verlangt. Gemäss den nun von Stadt, Kanton und Bund vorgestellten neuen Varianten wurde der Ansatz der Kreiseldiee in abgeänderter Form weiterentwickelt. Wir freuen uns, dass wir damit zur Weiterentwicklung der ungeeigneten ersten Variante beigetragen haben.

Die nun vorgestellten Varianten der Teilspange, mit Verlängerung zur Liebegg, vermögen aus Sicht des motorisierten Individualverkehrs und bezüglich der Überbaubarkeit des Güterbahnhofsareals besser zu überzeugen. Sie bieten die Chance, auf der gesamten Achse von der Kreuzbleiche bis ins Riethüsli deutliche Verbesserungen für den Fuss-, Velo- sowie den öffentlichen Verkehr, vor allem aber auch für die Anwohnenden der betroffenen Gebiete zu erreichen. Es ist jedoch unabdingbar, dass die von den Stadt- und Kantonsvertretern skizzierten flankierenden Massnahmen nun konsequent weiterentwickelt werden, um diese Verbesserungen für alle Verkehrsteilnehmenden und die betroffenen Quartiere zu erreichen. Die bisher angedachten Massnahmen vermögen sicher noch nicht zu überzeugen. Dazu sind diese Massnahmen zwingend mit dem Projekt zu verknüpfen.

Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir ein rein auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtetes Projekt. Es liegt nun an den Planern aufzuzeigen, wo und welche flankierenden Massnahmen realisiert werden. Auch forderten wir in einer Medienmitteilung von den Befürwortern der Teilspange, dass sie nun den Beweis antreten, nicht nur Vertreter des motorisierten Individualverkehrs zu sein und entsprechend die flankierenden Massnahmen dereinst mit tragen. Bei einem Projekt dieser Grössenordnung ist es zwingend, dass für alle Verkehrsarten grosse Verbesserungen spürbar werden. Eine abschliessende Haltung zur neuen Teilspange können wir uns somit erst bilden, wenn auch die Verbesserungen für Fussgänger, Velofahrerinnen, den öffentlichen Verkehr und die Quartiere klar sind.

FACHGRUPPEN

Fachgruppe Energie / Umwelt / Raumplanung

Von Heini Lüthi-Studer, Leiter Fachgruppe

Vernehmlassung Strommarktöffnung

In der glp Energiefachgruppen-Sitzung vom 27.10.2014 sind wir im Hinblick auf die Vernehmlassung zur Strommarktöffnung der Frage nach gegangen, ob wir denn als Grünliberale gegen eine solche Liberalisierung sein können. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir die Strommarktöffnung unterstützen, SOFERN sie explizit als Mittel zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 dient und positive Auswirkungen auf die Umwelt mit sich bringt. Im Erläuterungsbericht wird hingegen ein Zusammenhang zwischen Umwelteinfluss und Liberalisierung negiert, und festgestellt, dass eine mögliche Preissteigerung das Bruttoinlandsprodukt wachsen lässt. Eine Preissteigerung ist für uns nur akzeptabel, wenn damit ein Umweltnutzen und nicht höhere Gewinne für oder mehr Bürokratie und Werbeausgaben bei Elektrizitätsversorgungsunternehmen resultieren.

Um Wettbewerbsverzerrung durch Strom mit negativen externen Effekten zu vermeiden, ist eine Lenkungsabgabe wie die differenzierte Stromabgabe (im Sinne der DSA-Petition, auch Dreckstromabgabe genannt) eine Voraussetzung für die Strommarktöffnung (oder Energie-statt-Mehrwertsteuer). Mit der DSA können die Mehrkosten der ökologischen Stromproduktion gedeckt werden, wie dies bislang über die kostendeckenden Einspeisevergütung erfolgt. Ein Teil der Abgabe kann auch zur Abgeltung von Speicher- und Spitzenkapazitäten eingesetzt werden. Die Versorgungssicherheit soll jedoch primär über einen Grundpreis bezahlt werden; Stromkunden, welche bei mangelndem Angebot die Abschaltung ihrer Geräte zulassen, können von einem tieferen Grundpreis profitieren. Zudem erachten wir es als notwendig, dass in Zukunft flexible Tarifmodelle zulässig sind; mit einem zeitvariablen Preis kann einen Anreiz zum Ausgleich der Nachfrage mit dem Angebot geschaffen werden.

Unklar und fragwürdig sind die vorgeschlagenen Regelungen zur Grundversorgungs-Sicherheit - sie mögen auf den ersten Blick als ein Entgegenkommen für Liberalisierungs-Skeptiker erscheinen, sind jedoch kompliziert und gewähren letztendlich die erwünschte Sicherheit nicht. Da eine Reduktion der Anzahl Klein-Elektrizitätswerke durchaus als wahrscheinlich und/oder wünschenswert diskutiert wird, muss das Szenario der Grundversorgung nach Schliessung eines Grundversorgungs-Elektrizitätswerks klar geregelt werden. Als möglichen Lösungsansatz sehen wir hier eine Ersatz-Grundversorgung mit einem ökologischen Basisstrommix, beispielsweise durch Swissgrid. Diese könnte somit zumindest einen Teil vom sauberen Strom verkaufen, den sie über die KEV einkauft.

Es scheint vorerst unklar, welche Vergütungsregeln für dezentral produzierten Strom nach einem Stromanbieterwechsel gelten. Es ist fragwürdig, wenn ein Stromkunde vom Städtischen Werk zum Kohlestromanbieter wechselt, aber für seinen Solarstromverkauf den Städtischen Fördermechanismus nutzen will. Um Umtriebe zu umgehen, ob nun das Städtische Werk oder der Kohlestromanbieter zur Abnahme vom Solarstrom verpflichtet ist, ist es am einfachsten, wenn jeglicher dezentral produzierte Strom über eine zuverlässige nationale Regelung wie die oben erwähnte DSA-finanzierte kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) abgedeckt wird, und sich damit die Vielfalt lokaler Ergänzungs-Fördermechanismen erübrigt.

Bislang konnten kommunale und kantonale energiepolitische Ziele in Zusammenarbeit mit den „eigenen“ Elektrizitätswerken angegangen werden – z.B. mit einem ökologischen Basisstrommix. Diese politische Lenkungsmöglichkeit entfällt nach der Strommarktöffnung. Diese Argumente führen zum Schluss, dass bei einer Strommarktöffnung zwingend die Vergütung von erneuerbarer Energie auf nationaler Ebene vollständig und zukunftsgerecht geregelt werden muss.

Aufruf zur Mitarbeit in unseren Fachgruppen

Wir benötigen für die Mitarbeit in allen Fachgruppen noch Mitglieder, welche sich aktiv einbringen wollen. Dies ist eine gute Chance:

- sein Fachwissen in die Diskussionen einzubringen
- sich mit Anderen zu Themen seines Interesses auszutauschen
- den Weg der glp Kanton St.Gallen mitprägen zu können und bei Sachthemen mitzureden

Wir suchen Mitglieder, welche

- Fachwissen zu einem bestimmten Thema haben
- einen Bezug zu einem Thema haben

Interessierte sind herzlich eingeladen sich bei den entsprechenden Fachgruppenleitern zu melden

Unsere Fachgruppen:

Fachgruppe Bildung

Leitung: Michelle Stäheli, michelle.staeheli@grunliberale.ch

Mitglieder: Alexander Kummer, Heinz Wohnlich

Die neu wiederbegründete Fachgruppe Bildung trifft sich am 26 Januar 2015 erstmals in Buchs beim Buchserhof (gleich beim Bahnhof Buchs) Interessenten sind herzlich willkommen!

Fachgruppe Verkehr

Leitung: Daniel Scherrer, daniel.scherrer@gmx.net

Mitglieder: Maria Seelhofer, Martin Wicki

Fachgruppe FG Energie / Umwelt / Raumplanung

Leitung: Heini Lüthi-Studer, hstuder@gmx.net

Mitglieder: Thomas Brunner, Bosco Bühler, Linus Grob, Sonja Lüthi, Clemens Siedler, Martin Wicki

Fachgruppe Gesundheit / Soziales

Leitung: Margrit Kessler, margrit.kessler@spo.ch

Mitglieder: Alfred Dubach, Elisabeth Zähler, Susanne Kern, Urban Stauble, Tobias Ueberhart, Erika Häusermann, Felix Roth

Fachgruppe Wirtschaft / Finanzen

Leitung: Res Schneider, res.schneider@grunliberale.ch

Mitglieder: Dominique Hättenschwiler, Werner Nadig

AGENDA

Januar 2014

8. Januar 2015	Sitzung Stadtparlament Wil
13. Januar 2015	Sitzung Stadtparlament St.Gallen
17. Januar 2015	ESM-Anlass in der Stadt St.Gallen

Februar 2014

5. Februar	Sitzung Stadtparlament Wil
11. Februar 2015	Ausserordentliche Mitgliederversammlung
23. - 25. Februar 2015	Session Kantonsrat
24. Februar 2015	Sitzung Stadtparlament St.Gallen

März 2014

2. - 20. März 2015	Frühjahrsession Bundesparlament
5. März	Sitzung Stadtparlament Wil
8. März 2015	Abstimmungstermin
24. März 2015	Sitzung Stadtparlament St.Gallen
31. März 2015	Sitzung Stadtparlament St.Gallen

Aktuelle kantonale Volksinitiativen

Initiative «Ja zum Ausstieg aus dem Harmos-Konkordat»

Aktueller Stand: Unterschriftensammlung

Initiative «Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle! (Prämienerbilligungsinitiative)»

Aktueller Stand: Der Kantonsrat hat die Initiative abgelehnt, stellt ihr aber einen Gegenvorschlag in Form des VII. Nachtrags zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung gegenüber.

Initiative «Zukunft dank gerechter Vermögenssteuern (Steuergerechtigkeitsinitiative)»

Aktueller Stand: Bericht und Antrag der Regierung vom 7. Oktober 2014.

Quelle: http://www.abstimmungen.sg.ch/home/referenden_und_initiativen.html

IMPRESSUM

Der Newsletter der Grünliberalen Kanton Kanton St.Gallen, erscheint drei- bis viermal jährlich.

Ansprechperson Newsletter: Stefan Widmer, Parteisekretariat

Grünliberale Partei Kanton St.Gallen, Postfach 826, 9000 St.Gallen, www.sg.grunliberale.ch;

sg@grunliberale.ch Spendenkonto: 85-7873-1